

SERAPS WOCHE



INHALTSVERZEICHNIS

KOALITIONSAUSSCHUSS - BEWERTUNG DER UNION

LEITANTRAG: "DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE NATIONALE SICHERHEITSSTRATEGIE"

KOMMUNALGIPFEL

ARBEITGEBER BUNDESWEHR: WELCHE MASSNAHMEN WIR JETZT DRINGEND BENÖTIGEN



SERAP GÜLER



SGUELER



SERAPGUELER

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

In der letzten Woche war natürlich der **Koalitionsausschuss der Ampel** Thema. Nach den großen Ankündigungen des Bundeskanzlers („sehr, sehr, sehr gute Ergebnisse“) fallen die Entscheidungen der Bundesregierung sehr, sehr, sehr überschaubar aus. Eine Einigung zu Eckwerten für den Bundeshaushalt 2024 wurde nicht erzielt. Desweiteren haben wir mit unserem **Leitantrag „Deutschland braucht eine Nationale Sicherheitsstrategie“** von der Regierung gefordert, dass sie endlich ein strategiesetzendes Dokument erarbeitet, welches die geostrategischen Interessen und Werte Deutschlands in der veränderten Welt definiert.

Ein weiterer Höhepunkt in dieser Woche war unser **Kommunalgipfel zur Flüchtlings- und Asylpolitik**. Wir haben alle Landräte und Oberbürgermeister, die Präsidien der Kommunalen Spitzenverbände, Bürgermeister und Kommunalpolitiker in den Deutschen Bundestag eingeladen. Die beim Austausch entstandenen Ideen der Kommunen werden wir mit einem Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen.

Zum Schluss möchte ich noch auf meinen **Gastbeitrag in der CIVIS MIT SONDE** zum Thema **Generationengerechtigkeit** und meinem **Interview zum Thema Bundeswehr als Arbeitgeber** hinweisen.

Für das Interesse an meiner Arbeit danke ich herzlich und übersende beste Grüße an Sie aus dem Deutschen Bundestag.

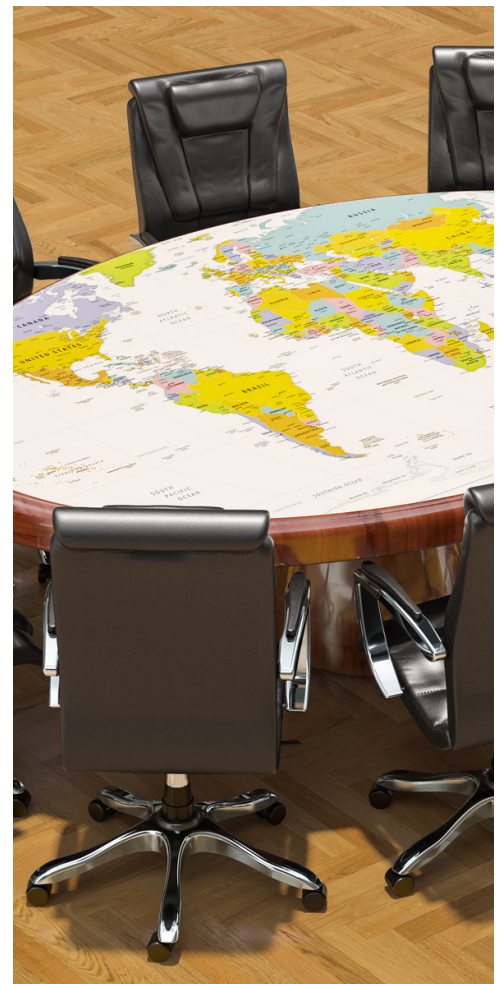
Koalitionsausschuss - Bewertung der Union

Nach den großen Ankündigungen des Bundeskanzlers („sehr, sehr, sehr gute Ergebnisse“) fallen die Entscheidungen der Bundesregierung sehr, sehr, sehr überschaubar aus. Eine Einigung zu Eckwerten für den Bundeshaushalt 2024 wurde nicht erzielt. Die über 30 Gesetzesvorhaben, die derzeit durch Ampel-internen Streit blockiert sind, bleiben zum großen Teil weiter auf Eis. Besonders bemerkenswert am Ergebnis des Koalitionsausschusses: Mit der geplanten Änderung des Klimaschutzgesetzes weicht die Koalition die Klimaschutzziele der vormalig unionsgeführten Bundesregierung auf. Im Ergebnis besteht das vermeintliche „Modernisierungspaket“ aus zahlreichen Prüfaufträgen und Absichtsbekundungen. Diese sind in der Regel nicht mit konkreten Maßnahmen unterlegt. Viele der genannten Programme und Maßnahmen gibt es bereits und sollen lediglich fortgeführt werden. Finanzierungsaussagen werden mit zwei Ausnahmen nicht getätigt. Die Absichtserklärungen sind weder beziffert noch finanziell unterlegt, einige sollen sogar erst wie beim Heizungsaustausch nur geprüft werden. Der Modus „Absichtserklärungen ohne Finanzierungsgrundlage“ wird im Haushaltsverfahren zu neuem Streit in der Regierung führen. Bemerkenswert: Einige Maßnahmen werden in die nächste Wahlperiode verschoben. Umsetzungsziele sind so gut wie keine vereinbart worden. **Unter diesem Link finden Sie die ausführliche Analyse:**

<https://docdro.id/FL1qhbC>

Unser Leitantrag der Woche: „Deutschland braucht eine Nationale Sicherheitsstrategie“

Im Koalitionsvertrag wurde die Vorlage einer Nationalen Sicherheitsstrategie binnen eines Jahres angekündigt. Nach mehrfacher Verschiebung lässt ein strategisetzendes Dokument, welches Deutschlands Interessen und Werte in einer unsicheren Welt definiert, weiter auf sich warten. Die USA, Japan und Großbritannien haben im gleichen Zeitraum ihre jeweiligen Nationalen Sicherheitsstrategien aktualisiert und an die neuen geopolitischen Realitäten angepasst. Deutschland braucht eine Nationale Sicherheitsstrategie. In dieser müssen unsere Werte und Interessen, regionale und thematische Prioritäten sowie der konkrete Mitteleinsatz benannt werden. **Konkret muss in der Nationalen Sicherheitsstrategie das 2-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben festgeschrieben sein. Strategie braucht einen Ort: Ein Nationaler Sicherheitsrat, angesiedelt im Bundeskanzleramt, soll nach unserer Vorstellung in Zukunft einen Beitrag zu strategischer Vorausschau und Krisenprävention leisten, unter Beteiligung der Bundesländer ein umfassendes Lagebild zur inneren und äußeren Sicherheit erstellen sowie in Krisenlagen die operative Steuerung der Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen.** Des Weiteren bedarf es einer gesetzlichen Grundlage für die Nationale Sicherheitsstrategie, um eine stärkere Einbindung des Bundestags in außen- und sicherheitspolitischen Debatten sicherzustellen. **Unter diesem Link finden Sie den gesamten Antrag:** <https://dserver.bundestag.de/btd/20/059/2005984.pdf>



Wir hören zu: Unser Kommunalgipfel zur Asyl- und Flüchtlingspolitik



Deutschland ist ein starkes und hilfsberechtigtes Land. Um unserer humanitären Verantwortung gegenüber Schutzbedürftigen gerecht zu werden, müssen wirksame Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung von irregulärer Migration getroffen werden – national, europäisch und international. Allein 2022 wurden in Deutschland 244.000 Asylanträge gestellt. Die faktischen Aufnahmekapazitäten stoßen vielerorts an ihre Grenzen. Wir müssen uns dieser Realität annehmen.

Wir haben deshalb als CDU/CSU-Bundestagsfraktion alle Landräte und Oberbürgermeister, die Präsidien der Kommunalen Spitzenverbände und viele weitere Bürgermeister und Kommunalpolitiker in den Deutschen Bundestag eingeladen. Wir haben den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern zugehört und sind mit der Kommunalpolitik in einen offenen Austausch getreten. Mit unserem Positionspapier „Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik“ haben wir uns als Fraktion klar positioniert.

Für uns ist klar: Der Bund verantwortet die Migrationspolitik. Dabei entstehende Probleme und unvermeidliche Spannungen können nicht einfach bei den Kommunen abgeladen werden. Die Kommunen vor Ort brauchen die nötige Unterstützung der Bundes- und Landesebene, um Unterbringung zu gewährleisten und Integration voranzubringen. Die Ergebnisse der „Flüchtlingsgipfel“ des Bundesinnenministeriums am 11. Oktober 2022 und am 16. Februar 2023 waren hingegen enttäuschend. Bei unserem Kommunalgipfel haben wir den kommunalen Entscheidungsträgern und Experten zugehört und gemeinsam mit ihnen gute Ideen entwickelt, wie der Bund die Kommunen bestmöglich in der aktuellen Situation unterstützen kann. Diese Ideen der Kommunen werden wir mit einem Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen.



Serap Güler  @SerapGueler · 30. März

Antwort an @SerapGueler

Was deutlich wird: Viele Landräte, OBs od BMS betonen sozialen Zusammenhalt, die humanitäre Verantwortung & den großen ehrenamtlichen Einsatz. Sie berichten aber ebenso darüber, dass sie sich mit der Herausforderung, Menschen unterzubringen & zu versorgen, allein gelassen fühlen.



"CDU-Verteidigungspolitikerin Güler will Schulabgänger für Bundeswehr anschreiben"



Die Debatte um eine neue Wehrpflicht bringt uns nicht weiter. Wir müssen stärker und gezielter Personal für unsere Bundeswehr anwerben. Dazu gehören auch Informationsveranstaltungen in Schulen. Hier finden Sie den ganzen Artikel:

<https://www.mittelbayerische.de/politik-nachrichten/cdu-verteidigungspolitikerin-gueler-will-schulabgaenger-fuer-bundeswehr-anschreiben-21771-art2206590.html>

Gastbeitrag: 2% für die Zukunft in CIVIS MIT SONDE



Wir merken, dass wir in Zeiten des Wohlstands aufgewachsen sind, wenn wir bei dem Wort Generationengerechtigkeit sofort an die „schwarze Null“ denken. Spätestens seit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist klar: Ein schuldenfreier Haushalt hat keinerlei Bedeutung, wenn es keine Zukunft in Frieden mehr gibt, die man damit gestalten kann. Eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder wird es nur geben, wenn wir mehr in unsere Sicherheit investieren - im Schulterschluss mit unseren Verbündeten. Meinen ganzen Beitrag zum Thema #Generationengerechtigkeit gibt es in der neuen Ausgabe CIVIS MIT SONDE.